

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig weit verbreitet: eine Zusammenstellung von Indikatoren der politischen Partizipation

Wiegand, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiegand, E. (1991). Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig weit verbreitet: eine Zusammenstellung von Indikatoren der politischen Partizipation. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 6, 6-9. <https://doi.org/10.15464/isi.6.1991.6-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig weit verbreitet

Eine Zusammenstellung von Indikatoren der politischen Partizipation

Die politische Partizipation von Individuen ist eine eher indirekte Form der Einflußnahme auf ihre persönlichen Lebensverhältnisse. Die verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung am politischen System reichen von der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts über die Mitgliedschaft in politischen Parteien und Organisationen bis hin zu unkonventionellen Formen der Teilnahme. Neben diesen objektiven Dimensionen verschiedener politischer Aktivitäten umfaßt ein weit gefaßtes Konzept der politischen Partizipation auch die subjektiven Dimensionen des politischen Interesses sowie des Vertrauens in das politische System.

Hoher Grad der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems

Die Beteiligung der Bevölkerung an den verschiedenen Parlamentswahlen ist in einer repräsentativen Demokratie eine der wichtigsten Dimensionen der politischen Partizipation. Die Höhe der Wahlbeteiligung gibt unter anderem Aufschluß über den Grad der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems. Niedrige Wahl-

beteiligungen werden oft als ein generelles Krisensymptom gewertet. Die Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag belegt zunächst einen sehr hohen Grad der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Graphik 1). Bis Mitte der achtziger Jahre lag die Wahlbeteiligung immer deutlich über 85 Prozent. Ihren Höhepunkt erreichte sie in den siebziger Jahren mit knapp über neunzig Prozent. Bei den letzten bei-

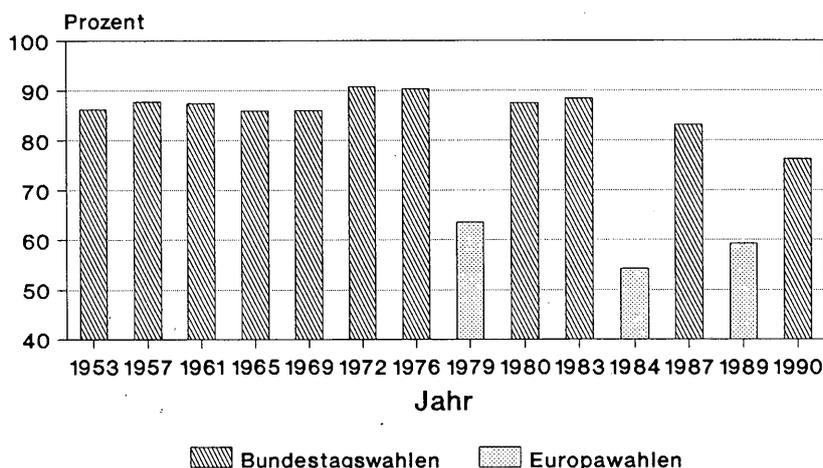
den Wahlen zum Deutschen Bundestag in den Jahren 1987 und 1990 ist die Beteiligung dann beträchtlich zurückgegangen. Die mit nur 76 Prozent sehr niedrige Beteiligung bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Jahr 1990 ist allerdings zum Teil sicher auch die Folge einer gewissen „Wahlmüdigkeit“ der Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern, die innerhalb eines Jahres dreimal zu den Wahlen gerufen wurde.

Ganz anders sieht es dagegen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament aus. Hier schwankt die Beteiligung seit den ersten Wahlen im Jahr 1979 auf relativ niedrigem Niveau zwischen 54 und 64 Prozent. In erster Linie dürfte die erheblich geringere Wahlbeteiligung auf den vergleichsweise geringen Grad unmittelbarer Betroffenheit der Bevölkerung sowie die weitgehend fehlende Überschaubarkeit der verhandelten Politikinhalt zurückzuführen sein.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden in fünfjährigen Abständen durchgeführt. Von zwei Ausnahmen abgesehen, fanden die Wahlen zum Deutschen Bundestag seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland alle vier Jahre statt. Wahlen zu den verschiedenen Länderparlamenten werden in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewöhnlich in vierjährigen oder fünfjährigen Abständen durchgeführt. Deshalb kann auf der Grundlage der Landtagswahlen eine jährliche Zeitreihe der Wahlbeteiligung konstruiert werden, die eine kontinuierliche Darstellung der Entwicklung der allgemeinen Unterstützung des politischen Systems im Zeitverlauf erlaubt (vgl. Graphik 2). Die einzelnen Werte der Zeitreihe schwanken zwischen 70 und 83 Prozent. Die Zeitreihe selbst weist keinen einheitlichen Trend über den gesamten Beobachtungszeitraum auf. Die höchsten Wahlbeteiligungen zeigen sich wieder in der Mitte der siebziger Jahre als Folge der Ende der sechziger Jahre einsetzenden verstärkten Politisierung der Gesellschaft.

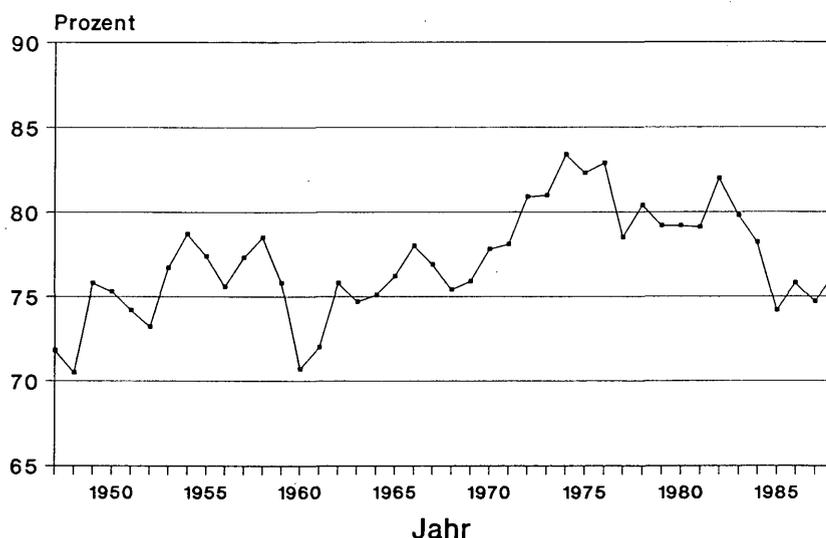
In der Bundestagswahlstatistik wird die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter differenziert ausgewiesen. Dabei zeigen sich sowohl geschlechts- als auch altersspezifische Unterschiede. Bei allen Wahlen zum Deutschen Bundestag seit 1953 liegt die Wahlbeteiligung von Männern über der von Frauen (vgl. Tabelle 1). Tendenziell hat sich dieser Unterschied zu Beginn der siebziger Jahre durch die stärkere politische

Graphik 1
Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament



Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik

Graphik 2 Beteiligung bei den Landtagswahlen



Datenbasis: Wahlergebnisse

Mobilisierung der Frauen von ungefähr drei Prozentpunkten auf ein bis zwei Prozentpunkte verringert. Betrachtet man die Wahlbeteiligung nach dem Alter (vgl. Tabelle 2), dann fällt die durchgängig deutlich geringere Beteiligung der jüngeren Altersgruppen auf. Beispielsweise lag bei der Bundestagswahl im Jahr 1987 die Wahlbeteiligung der Erstwähler mit knapp 77 Prozent um mehr als zwölf Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung der Altersgruppe der 50- bis 60jährigen.

Politische Mobilisierung in den siebziger Jahren

Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei ist im Vergleich zur Wahlbeteiligung in den meisten Fällen mit einem höheren politischen Engagement verbunden. Unabhängig davon, daß bei der individuellen Entscheidung zum Beitritt auch das Bedürfnis nach sozialen Kontakten oder die Verbesserung beruflicher Karrierechancen eine Rolle spielen können, bedeutet der Beitritt in den meisten Fällen einen Schritt der persönlichen Identifizierung mit den politischen Zielen der betreffenden Partei. Oft ist damit auch die Absicht verbunden,

durch Mitarbeit in den Gremien der Partei die Realisierung dieser Ziele aktiv zu unterstützen. Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sind damit neben der Aggregation und Artikulation politischer Interessen zugleich auch ein wichtiges Instrument der Integration von Individuen in das politische System.

Der Anteil der Parteimitglieder an der erwachsenen Bevölkerung schwankt seit 1952, dem ersten Jahr für das Befragungsergebnisse vorliegen, um sechs Prozent (vgl. Graphik 3). Tendenziell niedriger lagen die entsprechenden Anteilswerte in der Mitte der sechziger, etwas höher dagegen in den siebziger Jahren. Die bisher veröffentlichte Zeitreihe des Instituts für Demoskopie, Allensbach über den Anteil der Parteimitglieder in der erwachsenen Bevölkerung bricht mit dem Jahr 1980 ab. Für die achtziger Jahre liegen jedoch die entsprechenden Daten aus den Wohlfahrtssurveys des Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim sowie den Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften (ALLBUS) vor.

Ein Vergleich der Ergebnisse für das Jahr 1980 zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Daten des Instituts für Demoskopie, Allensbach einerseits sowie den Wohlfahrtssurveys und ALLBUS-Erhebungen andererseits (vgl. Tabelle 3). Der im Wohlfahrtssurvey 1980 ausgewiesene Anteil der Parteimitglieder liegt mit fünf Prozent fast um die Hälfte, der im ALLBUS 1980 ausgewiesene Anteil von vier Prozent sogar um mehr als die Hälfte niedriger als der vom Institut für Demoskopie, Allensbach berechnete Wert. Dafür sind vorwiegend methodische Gründe wie Unterschiede in der Frageformulierung, der Abgrenzung der Grundgesamtheit sowie der Stichprobenziehung verantwortlich. Unabhängig von den erheblichen methodischen Problemen, empirische Ergebnisse aus verschiedenen

Tabelle 1: Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag nach dem Geschlecht

Jahr	Insgesamt %	Männer %	Frauen %
1953	86,3	88,0	84,9
1957	87,8	89,6	86,2
1961	87,4	88,9	86,2
1965	85,9	87,5	84,6
1969	86,1	87,5	84,9
1972	90,8	91,4	90,2
1976	90,4	90,8	90,0
1980	87,6	88,2	87,1
1983	88,4	89,1	87,8
1987	83,1	84,2	82,1
1990	76,3	77,0	75,7

Datenbasis: Repräsentative Bundestagswahlstatistik

Tabelle 2: Beteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag nach dem Alter

Jahr	18-21 Jahre %	21-25 Jahre %	25-30 Jahre %	30-35 Jahre %	35-40 Jahre %	40-45 Jahre %	45-50 Jahre %	50-60 Jahre %	60 u.m. Jahre %
1965	—	76,8	81,7	86,2	88,2	89,0	88,8	89,4	84,9
1969	—	76,6	81,4	86,1	87,8	89,4	89,6	89,6	84,9
1972	84,6	84,4	88,2	90,8	92,3	93,1	93,9	94,1	90,2
1976	84,1	82,9	86,5	89,2	91,5	92,7	93,6	93,8	91,1
1980	80,4	78,9	82,2	86,2	88,6	90,3	91,2	92,3	88,8
1983	84,3	81,5	83,8	87,0	89,3	91,1	92,2	92,7	88,3
1987	76,8	73,1	75,9	80,3	83,8	86,0	87,9	89,4	84,5

Datenbasis: Repräsentative Bundestagswahlstatistik

Umfragen zu einer konsistenten Zeitreihe zu verknüpfen, weisen alle drei Erhebungen auf eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen bei der Mitgliedschaft in politischen Parteien hin.

Neben der tatsächlichen Mitgliedschaft in einer politischen Partei als manifeste Partizipation, wird durch die bekundete Bereitschaft einer Partei beizutreten, eine Form der politischen Partizipation gemessen, die man als latente Partizipation bezeichnen kann. Sowohl hinsichtlich der Nähe zu einer bestimmten politischen Partei als auch

des allgemeinen politischen Interesses geht sie deutlich über die bloße Stimmabgabe bei den verschiedenen Parlamentswahlen hinaus. Die Anteile der potentiellen Parteimitglieder liegen mit einer Ausnahme im Jahr 1952 jeweils über den Anteilen der tatsächlichen Mitglieder. Sie weisen darüber hinaus mit Werten zwischen sechs und sechzehn Prozent im Zeitverlauf die stärkeren Schwankungen auf. Wie bei dem Anteil der tatsächlichen Parteimitglieder zeichnen sich auch bei dem Anteil der potentiellen Parteimitglieder die Jahre 1962 und 1963 durch auffallend niedrige, die siebziger

ger Jahre dagegen durch überdurchschnittlich hohe Werte aus.

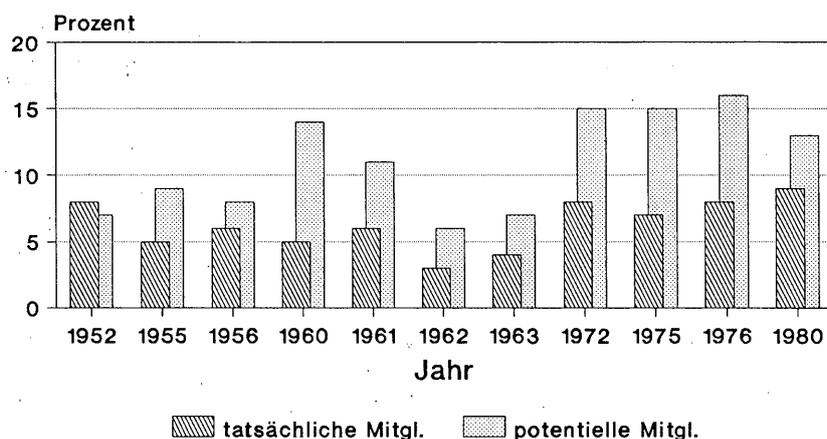
Bürgerinitiativen sind in Deutschland eine relativ neue Form der politischen Partizipation außerhalb der traditionellen Strukturen. In der überwiegenden Mehrzahl bestehen sie jeweils nur über einen begrenzten Zeitraum zur Durchsetzung eines spezifischen Anliegens, das hauptsächlich den Bereichen Bildung und Kultur, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung sowie insbesondere Umwelt und Umweltschutz zugerechnet werden kann. Zumindest teilweise erklärt dies den mit zwei Prozent der erwachsenen Bevölkerung über die achtziger Jahre hinweg ausgesprochen niedrigen aktuellen Mitgliederanteil. Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland sind in ihrer Form und vor allem ihrer Vielfalt in erster Linie ein Ergebnis der studentischen Demokratisierungsbewegung und des Wirkens der außerparlamentarischen Opposition. Zumindest hinsichtlich der Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen wurde die politische Bedeutung von Bürgerinitiativen lange Zeit überschätzt.

Politisches Interesse in den siebziger Jahren gestiegen

Das allgemeine politische Interesse ist kein direkter Indikator der politischen Partizipation. Es beschreibt vielmehr die grundlegende Disposition, sich mit politischen Fragestellungen und Problemen zu befassen. Gleichwohl werden durch das politische Interesse bedeutsame Aspekte der politischen Partizipation gemessen. Zum einen ist die Stärkung des politischen Interesses bzw. des politischen Bewußtseins der Bevölkerung ein explizites Ziel der politischen Akteure und Entscheidungsträger. Und zum anderen stellt das politische Interesse von Individuen eine wichtige Voraussetzung ihrer sachkundigen politischen Teilnahme dar.

Der Anteil der erwachsenen Bevölkerung, der sich nach eigenem Bekunden für Politik interessiert, lag in den fünfziger Jahren noch unter dreißig Prozent (vgl. Graphik 4). Im Verlauf der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre stieg er dann kontinuierlich auf fast fünfzig Prozent an. Mit Ausnahme eines kleineren Rückgangs in der Mitte der siebziger Jahre verharrt der Anteil politisch Interessierter seitdem auf diesem Niveau.

**Graphik 3
Tatsächliche und potentielle Mitglieder in politischen Parteien**



Datenbasis: Institut für Demoskopie, Allensbach

Tabelle 3: Mitglieder in politischen Parteien nach dem Geschlecht

Jahr	Insgesamt %	Männer %	Frauen %
1952	8	14	4
1962	3	6	1
1980	9	13	5
1980	5	8	2
1984	5	8	3
1988	5	8	2
1980	4	7	2
1982	4	6	2
1984	4	7	2
1986	3	5	2
1988	3	4	2
1990	4	6	3

Datenbasis: 1952-1980: Institut für Demoskopie, Allensbach
 1980-1988: Wohlfahrtssurveys
 1980-1990: ALLBUS

Nebeneinem generellen Entwicklungstrend ist das politische Interesse in erheblichem Maße auch vom politischen Tagesgeschehen abhängig. Das dokumentiert der mit 57 Prozent sehr hohe Anteil politisch Interessierter, der im Jahr 1983 im Zusammenhang mit der unmittelbar vorhergehenden Regierungsumbildung zu verzeichnen war.

Der Anteil der Befragten, die mit dem Funktionieren der Demokratie (in unserem Land) zufrieden sind, bewegte sich im Zeitraum von 1976 bis zur jüngsten Gegenwart zwischen 68 und 81 Prozent. Ihren Tiefpunkt erreichte die Kurve der Demokratiezufriedenheit Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit dem politi-

schen Prozeß der Regierungsumbildung, mit dessen Ablauf und Form ein Teil der Bevölkerung offensichtlich nicht einverstanden gewesen ist. Die gegenwärtig sehr weit verbreitete Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist zu einem erheblichen Maße sicher auf die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten zurückzuführen.

Grundlegende empirische Ergebnisse der politischen Partizipation

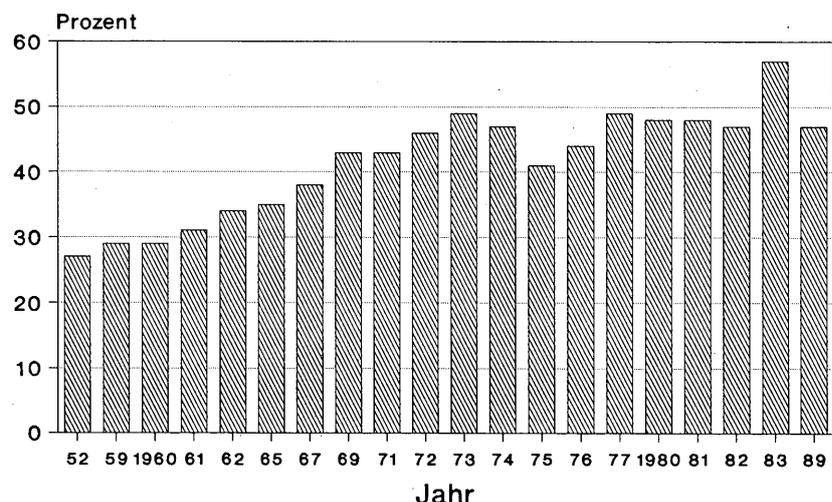
Wie die hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag belegt, erfährt das politische System in der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Grad an allgemeiner Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Mitgliedschaft in politischen Parteien ist vor allem im internationalen Vergleich, beispielsweise mit Großbritannien und Schweden, relativ gering. Seit der verstärkten politischen Mobilisierung der Bevölkerung in den siebziger Jahren interessiert sich knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung nach eigenem Bekunden für Politik und eine deutliche Mehrheit ist mit dem Funktionieren der Demokratie in unserem Land zufrieden.

*Erich Wiegand
 (Tel.: 0621/18004-15)*

Gegenwärtig sehr weit verbreitete Demokratiezufriedenheit

In den Eurobarometern wird seit dem Jahr 1976 laufend die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (im eigenen Land) erhoben. Mit einigen Einschränkungen kann man diese Demokratiezufriedenheit als Indikator für das Vertrauen interpretieren, das dem politischen System zu einem bestimmten Zeitpunkt von der Bevölkerung entgegengebracht wird. Zwischen dem politischen Vertrauen bzw. der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der politischen Partizipation besteht ein Zusammenhang, der gewöhnlich nicht bestritten wird. Umstritten sind allerdings Richtung und Vorzeichen der Kausalbeziehung. Beeinflußt die politische Partizipation die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie oder umgekehrt die Demokratiezufriedenheit die politische Teilnahme? Führt Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie eher zu verstärkter Partizipation oder politischer Apathie?

**Graphik 4
 Anteil politisch Interessierter**



Datenbasis: Institut für Demoskopie, Allensbach